



Sozial ist,
was Arbeit schafft!
Arbeit macht frei!



fuckup.twoday.net

„Sozial ist, was Arbeit schafft“ = „Arbeit macht frei“

Da hat er ja wieder mal eine richtige Kuh fliegen lassen, der SPD-Fraktionsvize Ludwig Stiegler. Heute Morgen hatte er mit zwei weiteren SPD-Fraktionsvizes, Joachim Poß und Nicolette Kressl, zur Pressekonferenz geladen. Es ging um das Wahlprogramm der Union, das nach Meinung der SPD-Politiker in der Presse zu gut weg gekommen ist. Nachdem er sich mit Recht über die „Verlogenheit“ von Merkel und Stoiber erregt hatte, fielen die Worte, die die versammelten Journalisten aufhorchen ließen.

Der Satz aus dem Unions-Programm „Sozial ist, was Arbeit schafft“ erinnere ihn an die Parole „Arbeit macht frei“. Die Parole stand an mehreren Konzentrationslagern des Dritten Reichs, unter anderem über dem Eingangstor von Auschwitz.

Stiegler kritisierte auch die gestrige Versicherung Stoibers, er und Merkel seien keine Neoliberalen. „Ich bin mir nicht sicher, ob Stoiber weiß, was neoliberal ist“. Vor allem sei Stoiber ein „Neo-Brüning“, weil die geplante Mehrwertsteuererhöhung Deutschland in die Rezession stürzen werde. Brüning war Reichskanzler in der Weimarer Republik. Sein Sparkurs fand damals keine parlamentarische Mehrheit und wurde schließlich mit Notverordnungen durchgesetzt.

In den Jahren 1929 bis 1932 war aufgrund von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnsenkung ein deutlicher Rückgang der Beitragseinnahmen zur Rentenversicherung zu beobachten. Heinrich Brüning, der nach dem Rücktritt des Sozialdemokraten Hermann Müller die Regierungsgeschäfte übernahm und durch eine einseitige Ausrichtung auf Arbeitgeberinteressen die krisengeschüttelte Wirtschaft wieder voran bringen wollte, reagierte auf diese Situation, indem er die Rentenleistungen weiter minderte und ihre Anspruchsvoraussetzungen verschärfte. Weitere Forderungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI), heute „BDI“, die Heinrich Brüning u. a. per Notverordnung durchsetzte, waren die Anhebung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung, Zwangsgebühren für Krankenscheine, Beteiligung an Arzneimittelkosten, Verringerung der Höhe und Bezugsdauer von Arbeitslosenhilfe, staatlich verordnete Senkung der Löhne in der Berliner Metallindustrie um acht Prozent und der Beamtengehälter und -pensionen um sechs Prozent, Reduzierung der Grund- und Gewerbesteuern, Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer, Streichung der Arbeitslosenunterstützung um zehn Prozent und der Löhne, Gehälter und Renten der Arbeiter.

Das Ergebnis der prozyklischen Brüning'schen Politik waren sechs statt vier Millionen Arbeitslose und Hitler ante portas.

So kann es kommen. Aber Vergleiche der heutigen Politik mit der Politik der Weimarer Republik, so sehr sie sich auch aufdrängen mögen, sind in unseren Tagen politisch nicht korrekt. Da wundert es nicht, wenn sich gleich der Führer der einflussreichsten Minderheit in unserem Lande mit Warnungen zu Wort meldet.

Toll, dass bringt uns weiter. Genau darauf haben wir gewartet. Nun fehlt nur noch der Senf von Paolo Pinkel.

Dienstag, Juli 12, 2005: Internet

Sozial ist, was Arbeit schafft?

ein Kommentar

zu dem höchst fragwürdigen Leitmotiv des CDU-CSU-Regierungsprogramms

Krieg schafft Arbeit;

erst in der Rüstungsindustrie, dann bei den Kriegshandwerkern, dann beim Wiederaufbau und bei den Suchdiensten.

Hunger-, Erdbeben- und Überschwemmungskatastrophen schaffen Arbeit;

unter anderem für Spendensammler, Transportflugzeugpiloten sowie Dauerbackwaren-, Zelt- und Deckenhersteller.

Die Baumwollpflanzer der amerikanischen Südstaaten schufen vor gar nicht so langer Zeit sehr viel Arbeit,

so viel, dass man eigens Arbeitskräfte aus Afrika importieren musste, um die viele Arbeit zu bewältigen. Das lag wohl daran, dass weitsichtige Politiker damals ein besonders günstiges Investitionsklima geschaffen hatten. Der Staat war schwach, die Steuern waren niedrig, die Arbeitskosten waren noch niedriger und weit und breit behinderte kein Sozialgesetz die freie Entfaltung der Kräfte des Marktes.

von Egon W. Kreutzer, 08.03.2004

Sozial ist, wer Arbeit schafft

Parole eines Steigbügelhalters von Hitler

Sozial ist, wer Arbeit schafft. Haben Sie gedacht, dass mit diesem populären und allseits verkündeten Spruch neues Denken und Modernität bei deutschen Eliten Einzug gehalten hat? Dem ist nicht so. Denn die Propaganda „**Sozial ist, wer Arbeit schafft**“, ist ein alter Hut. **Sie stammt vom unseligen Alfred Hugenberg**, der im Auftrag und mit dem Geld der Schwerindustrie einen Medienkonzern gegründet hat, „dessen publizistische Organe Hugenbergs national-konservative bis reaktionär-antirepublikanische Auffassungen formulierten und ihm großen Einfluss auf die öffentliche Meinung sicherten.“ (Brockhaus-CD, 2002).

Zunächst muss man sich klar machen, wozu diese Propaganda dient. In erster Linie soll sie die **Bevölkerung darauf einstimmen, sozialen Abbau zu akzeptieren**. Denn diese Propaganda wird ja hauptsächlich dann benutzt, wenn es um **Kürzungen im Sozialbereich** geht oder auch um Erpressungen von Mitarbeitern, Lohnkürzungen zu akzeptieren. Folgende Denkkette soll erzeugt werden: **unsozial ist sozial, weil dadurch ein höheres Gut entsteht, nämlich Arbeitsplätze**. Dazu ist zweierlei zu sagen: unsozial bleibt immer unsozial und wird nie sozial. Und zweitens ist die Behauptung fraglich, ob unsoziale Kürzungen oder unsoziales Verhalten wirklich Arbeitsplätze schafft. Arbeitsplätze hängen von vielen Faktoren ab. Die Denkkette läuft aber ganz anders ab. Z. B. schaffen Investitionen Arbeitsplätze. Deshalb wäre es sozial, wenn man den Weg ins Finanzcasino durch hohe Abgaben (Stichwort: Tobin-Steuer) versperren würde, damit mehr Kapital in die Realwirtschaft fließt. **Mit derselben Blödheit wie „Sozial ist, was Arbeit schafft“ könnte man auch sagen: „Sozial ist die Tobin-Steuer, weil sie Arbeit schafft.“** (weil sie die Börsengeschäfte verteuert und dadurch Realinvestitionen begünstigt.) Aber Arbeitsplätze hängen noch von vielen anderen Faktoren ab. Eine plakative Aussage, die nur einen Weg zu mehr Arbeitsplätzen kennt, ist nur auf die **Verdummung der Bevölkerungsmehrheit** gerichtet. Es ist ein **Totschlagsargument**, mit dem man jegliche Diskussion schon im Keim ersticken will, damit die Bevölkerung möglichst die Unsinnigkeit dieser Behauptung nicht erkennt.

Es ist ein **unanständiger Psychotrick**. Wenn dieser Psychotrick heute wieder wie zu unseligen Zeiten quer durch alle Medien, Parteien, Institute, Wirtschaft etc wiederholt wird, dann wird er dadurch nicht besser, sondern ist ein Indiz für die Verlotterung der Sitten und den Zerfall von Anstand und Moral, aber auch für völlige Ratlosigkeit und Gefahr.

Die Quelle für den Ausspruch Hugenbergs ist das Buch

Albrecht Müller: Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren. Droemer Verlag München, 2004, 415 Seiten, 19,90 Euro.

Das Buch ist sehr lesenswert und entlarvt noch viele weitere Parolen als Psychotricks im Kampf gegen die Bevölkerungsmehrheit.

Aufgedeckt hat die Naziparole die taz.

Die nach unten offene Blödheitsskala:

Sozial ist, was Arbeit schafft.

Lieber ein Arbeitsplatz ohne Kündigungsschutz als arbeitslos mit Kündigungsschutz.

Lieber schlechtes Wetter und einen Arbeitsplatz als gutes Wetter ohne Arbeitsplatz.

Lieber reich und gesund als arm und krank.

Wer kann es noch blöder?

Internet

Sozial ist, was Arbeit schafft



»Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« (INSM)

„Sozial ist, was Arbeit schafft.“

Die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« (INSM) wurde im Oktober 2000 vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall gegründet. Dieser unterstützt die Initiative mit 10 Millionen Euro im Jahr. Ihr Auftrag ist die Bevölkerung für den Neoliberalismus zu begeistern.



Angela Merkel:

**„Sozial ist,
was Arbeit schafft.“**

Edmund Stoiber:

**„Sozial ist in erster
Linie, was Arbeit
schafft! „**



Jürgen Rüttgers:

**„Sozial ist,
was Arbeit schafft. „**

Guido Westerwelle:

**„Sozial ist das, was Ar-
beitsplätze schafft. „**



Peter Müller

Ministerpräsident des Saarlandes
vor dem Landtag des Saarlandes am 27. Oktober 1999
SAARLAND - AUFSTEIGERLAND
Damit unser Land eine gute Zukunft hat
Dabei gilt der Grundsatz:

**„Sozial ist,
was Arbeitsplätze schafft“.**

**Dr. Wolf Bauer
CDU-Kandidat**

**„Sozial ist,
was Arbeitsplätze
schafft“.**

Kölner Stadtanzeiger, 1.9.2005



„Sozial ist, was Arbeit schafft“ = „Arbeit macht frei“



Da hat er ja wieder mal eine richtige Kuh fliegen lassen, der SPD-Fraktionsvize Ludwig Stiegler.

Der Satz aus dem Unions-Programm „Sozial ist, was Arbeit schafft“ erinnere ihn an die Parole „Arbeit macht frei“. Die Parole stand an mehreren Konzentrationslagern des Dritten Reichs, unter anderem

über dem Eingangstor von Auschwitz. Dienstag, Juli 12, 2005, Internet

„Arbeit macht frei“



Spiegel warnt vor Nazi-Parolen im Wahlkampf



Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, hat einen Nazi-Vergleich von SPD-Fraktionsvize Ludwig Stiegler scharf kritisiert. Im Gespräch mit der Netzzeitung appellierte an alle demokratischen Parteien, „gerade in Wahlkampfzeiten auf unselige Slogans aus der Nazi-Terminologie zu verzichten“.

Spiegel sieht Verhöhnung von Nazi-Opfern

Zentralrats-Präsident Spiegel sagte dazu: „Unabhängig davon, ob man von einer Assoziation spricht, warne ich davor, Nazi-Parolen in Zusammenhang zu bringen mit Aussagen einer der großen deutschen Volksparteien.“ Es verbiete sich generell, heutzutage Nazi-Begriffe zu verwenden, da diese eine „Verhöhnung und Beleidigung der Verfolgten und Ermordeten“ der Nazi-Diktatur darstellten. 12. Juli 2005 Internet

Volck: Es ist eine Beleidigung und Bedrohung für uns alle, die heutigen Verhältnisse **nicht** daraufhin zu untersuchen, ob sie gesellschaftliche Konstellationen, Interessen, Gedanken und entsprechende Lautsprecher enthalten die zum Faschismus geführt haben. Wir sind es den Opfern schuldig zu fragen ob „der Schoß noch fruchtbar ist, aus dem die kroch“. Hitler ist nicht vom Himmel gefallen und diejenigen die seine Mordbefehle ausführten waren keine grünen Männchen von einem anderen Stern. Obwohl es realistische Warnungen genug gab, der sich in der Weimarer Republik entwickelnde Faschismus, war ohne Vorbild und insofern gab es auch keine Erfahrungen auf die man hätte zurückgreifen können.

In einen solchen erfahrungslosen Zustand will uns Spiegel zurückversetzen!

Wenn geschichtskundigen und geschichtsbewußten Menschen gewisse Parallelen zwischen Gestern und Heute auffallen und sie das auch aussprechen, dann heißt das nicht, das sie den heute Lebenden faschistische Absichten unterstellen. Aber zu sagen, dass es das auch im Faschismus gab und welche Folgen es hatte, das ist PFLICHT eines jeden Demokraten. Das die Parole „Sozial ist, was Arbeit schafft“, genau so zynisch ist, wie der Spruch „Arbeit macht frei“, über dem Tor von Auschwitz, ist so offensichtlich, das man darüber nicht diskutieren muß. Und wenn Herrn Westerwelles betriebliche Bündnisse ein alter Nazi-Hut sind mit denen die Arbeitnehmer hilflos den Unternehmern ausgeliefert werden sollen, dann ist das keine „Beleidigung der Verfolgten und Ermordeten“, sondern notwendige Vorsorge gegen neue Opfer.



Wahlplakat der DNVP; aus der Zeit der Weimarer Republik
Originaltitel: **Sozial ist - wer Arbeit schafft**
Liste 5 Deutschnationale Volkspartei, Datierung: um 1925



Sozial ist, wer Arbeit schafft!

Das geht nur mit mehr Freiheit,
mehr Markt und weniger Staat!

Rede des Leiters der Bayerischen Staatskanzlei Staatsminister
Erwin Huber 25. Juni 2004

**Die gesellschaftlichen Kontinuitäten,
die zum Faschismus geführt haben,
sind so überwältigend, dass es fast an
ein Wunder grenzt, dass sie nicht
thematisiert werden. Die Erklärung da-
für ist im Internet zu finden:**

Sozial ist, wer Arbeit schafft

Parole eines Steigbügelhalters von Hitler

Sozial ist, wer Arbeit schafft. Haben Sie gedacht, dass mit diesem populären und allseits verkündeten Spruch neues Denken und Modernität bei deutschen Eliten Einzug gehalten hat? Dem ist nicht so. Denn die Propaganda „**Sozial ist, wer Arbeit schafft**“, ist ein alter Hut. **Sie stammt vom unseligen Alfred Hugenberg**, der im Auftrag und mit dem Geld der Schwerindustrie einen Medienkonzern gegründet hat, „dessen publizistische Organe Hugenbergs national-konservative bis reaktionär-antirepublikanische Auffassungen formulierten und ihm großen Einfluss auf die öffentliche Meinung sicherten.“ (Brockhaus-CD, 2002).

Zunächst muss man sich klar machen, wozu diese Propaganda dient. In erster Linie soll sie die **Bevölkerung darauf einstimmen, sozialen Abbau zu akzeptieren**. Denn diese Propaganda wird ja hauptsächlich dann benutzt, wenn es um **Kürzungen im Sozialbereich** geht oder auch um Erpressungen von Mitarbeitern, Lohnkürzungen zu akzeptieren. Folgende Denkkette soll erzeugt werden: **unsozial ist sozial, weil dadurch ein höheres Gut entsteht, nämlich Arbeitsplätze**. Dazu ist zweierlei zu sagen: unsozial bleibt immer unsozial und wird nie sozial. Und zweitens ist die Behauptung fraglich, ob unsoziale Kürzungen oder unsoziales Verhalten wirklich Arbeitsplätze schafft. Arbeitsplätze hängen von vielen Faktoren ab. Die Denkkette läuft aber ganz anders ab. Z. B. schaffen Investitionen Arbeitsplätze. Deshalb wäre es sozial, wenn man den Weg ins Finanzcasino durch hohe Abgaben (Stichwort: Tobin-Steuer) versperren würde, damit mehr Kapital in die Realwirtschaft fließt. **Mit derselben Blödsinnigkeit wie „Sozial ist, was Arbeit schafft“ könnte man auch sagen: „Sozial ist die Tobin-Steuer, weil sie Arbeit schafft.“** (weil sie die Börsengeschäfte verteuert und dadurch Realinvestitionen begünstigt.) Aber Arbeitsplätze hängen noch von vielen anderen Faktoren ab. Eine plakative Aussage, die nur einen Weg zu mehr Arbeitsplätzen kennt, ist nur auf die **Verdummung der Bevölkerungsmehrheit** gerichtet. Es ist ein **Totschlagsargument**, mit dem man jegliche Diskussion schon im Keim ersticken will, damit die Bevölkerung möglichst die Unsinnigkeit dieser Behauptung nicht erkennt.

Es ist ein **unanständiger Psychotricks**. Wenn dieser Psychotricks heute wieder wie zu unseligen Zeiten quer durch alle Medien, Parteien, Institute, Wirtschaft etc wiederholt wird, dann wird er dadurch nicht besser, sondern ist ein Indiz für die Verlotterung der Sitten und den Zerfall von Anstand und Moral, aber auch für völlige Ratlosigkeit und Gefahr.

Die Quelle für den Ausspruch Hugenbergs ist das Buch

Albrecht Müller: „Die Reformlüge“. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren. Droemer Verlag München, 2004, 415 Seiten, 19,90 Euro. Das Buch ist sehr lesenswert und entlarvt noch viele weitere Parolen als Psychotricks im Kampf gegen die Bevölkerungsmehrheit.

Bekanntheitsgrad der Initiative und der Kampagnen



Die Wirtschaft zeigt Initiative!

Die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« (INSM), ein Netzwerk von Wirtschaftsvertretern, hat sich das Ziel gesetzt Millionen von Menschen zum Umdenken zu bringen. Sie sollen es gut finden, selbst für Gesundheit, Pflege und Rente zu bezahlen und auf Kündigungsschutz und Arbeitnehmerrechte zu verzichten. Wer das nicht will, soll es wenigstens als unvermeidlich anerkennen.

Mit viel Überredungskunst soll die deutsche Bevölkerung ihre Begeisterung für den Neoliberalismus entdecken. Mehr eigenverantwortliche »Solidarität« ist angesagt, Vertrauen in den Markt nicht in den Staat.

Die Taktik

Um ihre Ziele zu erreichen, agiert die INSM auf allen Ebenen der Kommunikation. Neben Kampagnen wird vor allem ein breitangelegtes Netz aus Multiplikatoren genutzt. Das heißt Journalisten, Politiker und andere Personen des öffentlichen Lebens werden gezielt angeworben um Werbung für die neoliberalen »Reformvorschläge« der INSM zu machen. Unter anderem ist Prof. Dr. Paul Kirchhof Botschafter der INSM, er entwarf Reformpläne für die Neue Regierung Merkel. Aber auch Plakataktionen, eine eigene Internetpräsenz, Anzeigen, Beiträge in Zeitschriften und selbstorganisierte Preisverleihungen für »Reformer« werden organisiert. Untermauert werden die Aussagen der INSM durch eigens in Auftrag gegebene »wissenschaftliche« Studien, die zeigen sollen, dass das Einzige was die deutsche Wirtschaft retten kann die Kürzung sämtlicher Sozialleistungen ist. Dem Rezipienten erscheinen die Wissenschaftler als neutral, tatsächlich treten sie aber in der Rolle eines PR-Agenten auf.

Wer mit wem?

Wesentlich beteiligt an der Öffentlichkeitsarbeit für die INSM ist die PR Agentur »Scholz und Friends«. Sie erarbeitet sämtliche Strategien und Kampagnen. Zusätzlich gibt es eine enge Zusammenarbeit mit Eventagenturen und verschiedenen Medienorganen.

Des öfteren werden Gesprächspartner für Sabine Christiansen von der INSM gestellt und mit der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung«, »Der Welt« und »MTV« gibt es sogenannte Medienpartnerschaften. Unter anderem wird auch mit den Gewerkschaften eine gute Zusammenarbeit angestrebt.

Geschickt nutzt die INSM die knappen Budgets der Fernsehsender. Indem ganze Informationspakete zusammengestellt werden, die sowohl »wissenschaftliche« Studien, als auch Angebote für Talkshowgäste etc. enthalten, wird den Journalisten ihre Recherchearbeit abgenommen. Das spart denen Zeit und Geld und ist deshalb ein gerne und oft genutztes Angebot.

Scheinbar unabhängige Sendungen werden so zum Instrument der neoliberalen Meinungsmacher. Wo genau ihre PR Maschinerie am Werk ist und wo nicht bleibt für den Zuschauer und Leser meist unklar, da die Quellen oft ungenau oder gar nicht gekennzeichnet sind. Welchem Talkshowgast steht schon auf die Stirn geschrieben »Sponsored by INSM«.

Sozial = Marktwirtschaft?

Der INSM geht es darum die öffentliche Meinung wesentlich zu beeinflussen, sie wollen Debatten beherrschen und neue Meinungen produzieren. Dazu gehört es auch positiv besetzte Begriffe, wie zum Beispiel »soziale Gerechtigkeit«, in den eigene Publikationen zu benutzen und ihnen eine neue Bedeutung zu verleihen. Ein Beispiel hierfür ist der von der INSM im Jahr 2000 erfundene Slogan »Sozial ist das was Arbeit schafft«, der mittlerweile von Politikern aller Parteien aufgegriffen wird. Angela Merkel: »Sozial ist, was Arbeit schafft.« Guido Westerwelle: »Sozial ist das, was Arbeitsplätze schafft.« Jürgen Rüttgers: »Sozial ist, was Arbeit schafft.« Edmund Stoiber: »Sozial ist in erster Linie, was Arbeit schafft!« Um auch den politisch weniger interessierten Zuschauer zu erreichen, hatte die INSM in der ARD-Vorabendserie Marienhof für 58.000 Euro Dialoge gekauft. Die Botschaft: Lohnnebenkosten runter, Arbeitszeiten rauf. In der Folge 1962 hieß es: »Ich würde auch schwarz für Sie arbeiten, Sie würden eine Menge Geld sparen, wie zum Beispiel die ganzen Sozialabgaben und das Urlaubsgeld und ich weiß nicht, was noch alles.«

Um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen wird sich der Rhetorik sozialer Bewegungen bedient. Das sozial hier nichts mit finanzieller Sicherheit und Gerechtigkeit zu tun hat, erschließt sich einem erst beim näheren Hinschauen.

Das ist das Letzte..

Durch das Auftreten in verschiedenen Medien, das Ansprechen diverser Zielgruppen und die Masse der Publikationen wird von der INSM der Eindruck erzeugt, Neoliberalismus sei »natürlich« und »alternativlos«. Dass hier jedoch nur eine Elite ihr Geld dazu benutzt der Masse ihre Ideale näher zu bringen und damit ihre Existenzbedingungen zu sichern, bleibt für die Meisten unsichtbar.

What the fuck is »INSM«

Die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« (INSM) wurde im Oktober 2000 vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall gegründet. Dieser unterstützt die Initiative mit 10 Millionen Euro im Jahr. Ihr Auftrag ist die Bevölkerung für den Neoliberalismus zu begeistern. Die INSM sieht sich als »Think Tank« der Wirtschaft und will gegen den wirtschaftlichen Abstieg Deutschlands kämpfen. Ihr klarer Auftrag ist: Wirtschaftsliberale Themen auf die Agenda zu setzen und so ein wirtschaftsfreundliches Klima zu schaffen.

Der Beitrag wurde am Dienstag 17. Januar 2006 um 01:36 veröffentlicht und wurde unter [Geschichte & Gegenwart](#) abgelegt. Du kannst die Kommentare zu diesen Eintrag durch den [RSS 2.0](#) Feed verfolgen. Kommentare sind derzeit geschlossen, aber Du kannst einen [Trackback](#) auf deiner Seite einrichten.